

## Die Mitgliedsverbände

AG Natur- und Umweltschutz Oberbaden  
AG Die NaturFreunde Baden-Württemberg  
AG Fledermausschutz Baden-Württemberg  
AG Natur- und Umweltschutz Bruchsal (AGNUS)  
AG Umweltschutz Schwarzwald-Baar-Heuberg  
AK Heimische Orchideen Baden-Württemberg  
AG Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW)  
Baden-Württembergischer Forstverein  
Badischer Landesverein für Naturkunde und Naturschutz  
Bund für Naturschutz Oberschwaben  
Bund für Umweltschutz Reutlingen  
Bund Naturschutz Alb-Neckar  
Deutscher Alpenverein – Landesverband  
Deutscher Bund zur Rettung des Lebens (DRL)  
Deutscher Naturkundeverein  
Deutscher Tierschutzbund – Landesverband  
Deutsches Rotes Kreuz – Bergwacht Württemberg  
Gesellschaft für Naturkunde in Württemberg  
Gesellschaft zum Schutze der Natur und der Umwelt  
durch Bienenhaltung  
IG Naturkunde und Umweltschutz Killertal  
Landesfischereiverband Baden-Württemberg  
Landesjagdverband Baden-Württemberg  
Landesverband für Höhlen- und Karstforschung  
Luchs-Initiative BW zur Förderung des Artenschutzes  
Naturschutzgruppe Taubergrund  
Odenwaldklub  
Ökologischer Jagdverein Baden-Württemberg  
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – Landesverband  
Schwäbischer Albverein  
Schwäbischer Heimatbund  
Schwarzwaldverein  
Verschönerungsverein Stuttgart



# Chancen der Vielfalt

Aus der Arbeit des LNV



Landesnaturschutzverband  
Baden-Württemberg e.V.  
Olgastraße 19  
70182 Stuttgart

Telefon 0711.24 89 55-20  
Telefax 0711.24 89 55-30  
info@lnv-bw.de  
www.lnv-bw.de



Landesnaturschutzverband  
Baden-Württemberg e.V.



Vorwort

## »Der Zukunft entgegen«

### Inhalt

Modelle mit Erfolg Die Landschaftserhaltungsverbände	4
Verkehr entschleunigen Schwerpunkte der Verkehrspolitik	7
„Ein Gaisburger Marsch“ Reiner Ehret im Gespräch	8
Einblick in die Arbeit Die LNV-Arbeitskreise im ganzen Land	11
Verbrauchte Landschaften LNV gegen den Flächenverbrauch	12
Wanderfalken, Wiesen und ein Moorgebiet 20 Jahre Natura 2000	14
Gesellschaftlichen Fortschritt besser messen Der Nationale Wohlfahrtsindex NWI	16
Ein Beitritt, zwei Gewinner Das Umweltengagement des DAV	19
Naturnaher Wald Grundsätze der naturnahen Waldwirtschaft	20
Geld für Besonderes Die LNV-Stiftung Natur- und Umweltschutz	21
40 Jahre im Zeitraffer Der LNV und die Welt	22

### Impressum

#### Herausgeber

Landesnaturaenschutzverband Baden-Württemberg e.V.,  
Olgastraße 19, 70182 Stuttgart,  
0711-24 89 55 20,  
info@lnv-bw.de, www.lnv-bw.de

#### Texte

Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer

#### Koordination und Endredaktion

Christine Lorenz-Gräser

#### Design & Layout

LobreyerDesign, Stuttgart

#### Druck

UWS Papier & Druck GmbH

#### Fotos

Ralf Worm: S. 4 Landschaftspflege Handarbeit, Traktor, S. 5 Streuobstwiese, S. 6 Steilhang, Mann mit Freischneider, Mann auf Floß; Axel Moon: S.6 Schäfer; Christine Pohl: S. 6 Schlepper/Astschere; Staatsministerium Baden-Württemberg: S. 8, Verleihung BVK; Manfred Grohe: Seiten 7, 12, 13 Luftbilder; Naturfreunde Baden: S. 14 Streuobstwiese, Scheckenfalter, S. 15 Feuchtgebiet, Glockenblume, Grasfrosch, Großer Wiesenknopf; Herrmann, DAV: S. 19 Biotoppflege; DAV: S. 19 Betreuung Klettergebiete, Umweltbildung am Fels; Martin Zorzi: Titel, S. 22 Schmetterling S. 5 Viehweide, S. 6 Hochmoorsee, S. 17 Buchenwald, Zauneichechse, S. 18 Blumenwiese, S. 20 Eiche, Buchenbestand; LNV: alle anderen Bilder.

#### Copyright

Landesnaturaenschutzverband Baden-Württemberg e.V.,  
April 2010

Im nächsten Jahr wird sich die Veröffentlichung des Berichts über die Arbeit des LNV zum 40. Mal jähren – der LNV wird 40 Jahre alt. Das Heft, das Sie in Händen halten, ist der Versuch, Ihnen die üblichen Aufzählungen, Listen und Tabellen in einer bunten und unterhaltsamen Form zu präsentieren. Sie sollen Lust bekommen, sich ein Bild des Dachverbandes der Natur- und Umweltschutzvereine des Landes zu machen – durch Farbe und Bilder. Wir hatten das Glück, in Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer eine der renommiertesten Journalistinnen des Landes gewinnen zu können.



▲ Reiner Ehret, LNV-Vorsitzender

Ihr verdanken wir Idee, Planung und Realisierung dieses Heftes. Stefan Lobreyer von LobreyerDesign erarbeitete mit ihr zusammen das Layout und die ordnende Hand unserer langjährigen Geschäftsführerin, Christine Lorenz-Gräser, sorgte für's gute Gelingen. Wenn Ihnen diese Art des Berichtens über unsere Arbeit gefällt, werden wir uns im nächsten Jahr – dem Jubiläumsjahr – in ähnlicher Weise wieder in Erinnerung bringen.

„Chancen der Vielfalt“ hieß zunächst der Arbeitstitel der Broschüre. Ich habe dafür plädiert, diesen Titel beizubehalten – als Hinweis darauf, dass wir, wenn wir es nur richtig anstellen, aus der Vielfalt und Vielfarbigkeit unserer inzwischen 32 Mitgliedsvereine – mit inzwischen 540.000 Einzelmitgliedern – Vorteile ziehen. Meinungsvielfalt ist das Kennzeichen unseres Dachverbandes. Unser Handeln und unsere Erfolge beweisen, dass solche Vielfalt klare, prägnante Zielsetzungen nicht erschwert; vielmehr schenkt uns unser überparteiliches Auftreten auf der gesellschaftlichen

und politischen Bühnen ein Gut, das ich in meiner Werteskala weit oben ansiedle: Glaubwürdigkeit und Sachbezogenheit! Der LNV kommt so nicht in die Gefahr, sich als quasi außerparlamentarische Opposition zu gerieren! Wir sind – parteipolitisch unabhängig und ohne alle ökonomischen Interessen – Partner all jener Kräfte im Lande, die es mit den Zielen der Nachhaltigkeit ernst meinen. Wir wirken seit Jahren bei Beratungsgremien des Landes mit – im Naturschutz ebenso wie beim Umweltschutz. Wir tragen auch Mitverantwortung, wenn es um Innovation und Fortschritt geht. Wir lassen uns al-

lerdings durch die Bemühungen der Landesregierung hin zu einer Politik der Partizipation, wie sie zum Beispiel in der Nachhaltigkeitsstrategie geübt wird, nicht unsere aufmerksame und kritische Haltung nehmen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Zusammenlegung des Naturschutzes mit dem Umweltschutz in einem Ressort – seit 1. März 2010 im Umweltministerium – ein seit langem gehegter Wunsch des LNV war. Dass Ministerin Gönner jetzt auch für den Verkehr Verantwortung trägt, lässt mich gespannt auf Entscheidungen sein, bei denen es gilt, zwischen dem Flächenverbrauch beim Straßenbau und dem Flächenspargebot des Aktionsbündnisses „Flächen gewinnen“ einen glaubwürdigen Weg zu finden.

Ich wünsche mir zum Schluss, dass Sie Spaß und Information in gutem Gleichklang haben werden, wenn Sie unseren neu gestalteten Jahresbericht lesen.

Ich grüße Sie herzlich  
Ihr Reiner Ehret



# Modelle mit Erfolg

Der Plan, gemeinsam statt gegeneinander die Natur zu schützen, ist nicht neu, entfaltet aber immer mehr Anziehungskraft: In engagierten Gruppen finden sich all jene zusammen, die zur Landschaftserhaltung in einer bestimmten Region Entscheidendes beitragen können und wollen. Der Landesnaturschutzverband (LNV) spricht sich als Dachverband aller Natur- und Umweltschutzverbände Baden-Württembergs dafür aus, Landschaftserhaltungsverbände (LEV) „als Erfolgsmodell“ endlich landesweit zu etablieren.

- ▲▲ Landschaftspflege in mühsamer Handarbeit
- ▲ Traktoreinsatz bei einer Erhaltungsmaßnahme
- ▶ Geschützte Arten auf der Wacholderheide



Andere Länder haben es vor gemacht: In Bayern und Sachsen-Anhalt ist das Netz der Landschaftserhaltungsverbände nahezu flächendeckend. Ganz entsprechend der bereits aus dem Jahr 1996 stammenden Empfehlung des Sachverständigenrats für Umweltfragen, die Einrichtung der Verbände „für die Umsetzung regionaler Landschaftspflegekonzepte sowie der gemeindlichen Landschaftsplanung zu institutionalisieren und zu fördern“. In Baden-Württemberg ist das Konzept in sechs Kreisen Realität. Die Landesregierung lobt die Arbeit, argumentiert aber mit Sparzwängen, die die Förderung weiterer Landschaftserhaltungsverbände derzeit verhindern. Befürworter der Konstruktion, die Kommunen und Landwirte, Naturschützer, Konsumenten und viele Freiwillige an einem Tisch versammelt, argumentieren genau anders herum: Weil Reparaturkosten beispielsweise einer verbuschten Landschaft viel zu hoch sind, muss gehandelt werden, ehe es zu spät ist. „Die Praxis der Verbände im Land zeigt, was alles möglich ist“, sagt LNV-Chef Reiner Ehret. Akteure der Naturschutzverbände, Landnutzer und Kommunen kämen „zusammen, um fruchtbar miteinander zu arbeiten“: Wenn es um die Biotopvernetzung geht oder um die Vermarktung regionaler Produkte, wenn Bachabschnitte neu gestaltet oder Hanglagen frei geschnitten werden.

Der LNV hat der CDU/FDP-Koalition im Land bereits vor gut zwei Jahren einen Finanzierungsvorschlag unterbreitet. Aus der Tourismusinfrastrukturförderung könnten Mittel umgeschichtet werden. Deren Etat beträgt durchschnittlich sechs Millionen Euro jährlich. „Ein Teil dieser Mittel würde ausreichen“, prognostiziert LNV-Landwirtschaftsreferent Gerhard Bronner, „um in absehbarer Zeit ein flächendeckendes Netz von Landschaftserhaltungsverbänden aufzubauen.“ Und vor allem: Für den Tourismus sei diese Umschichtung kein Verlust, „da die Erhaltung der Kulturlandschaft für ihn eine fundamentale Grundlage ist.“ Gute Beispiele gibt's jedenfalls genug, etwa in Aalen, wo nach alten Karten ein vier Kilometer langer Bachabschnitt geschaffen wurde, in dem sich längst Frösche tummeln und der Störche anzieht. Die Folgeprojekte sind geplant, das Regierungspräsidium Stuttgart ist als Partner gewonnen und eine Finanzierung bei der Stiftung Naturschutzfonds beantragt. In Heilbronn nehmen sich Kommunen, Naturschützer, Landwirte und die Bürgerschaft der Pflege von Flächen an. In Emmendingen wurde – unter anderem – die Aufforstung von Steiflächen gestoppt. In 16 von 24 Gemeinden im Landkreis sind Biotopvernetzungskonzepte in

weiter auf Seite 6 ▶



»Unsere Kulturlandschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil: Sie ist Ergebnis der jahrhundertelangen Bewirtschaftung und Pflege.«

Peter Hauk, früherer Minister für Ernährung und Ländlichen Raum

- ▲ Streuobstwiese
- ▼ Extensive Viehweide im Kochertal



der Umsetzung. Der Arbeitsaufwand der Behörden ist nachweislich minimiert worden. Besonders erfolgreich sind die Verbände, wenn es um die Erschließung neuer Geldquellen geht. 57 Prozent der Mittel kommen von der öffentlichen Hand, aus staatlichen Förderprogrammen, nicht zuletzt von der

EU. Noch positiver liest sich die Ausgaben-Statistik. Denn nicht weniger als 74 Prozent der für die Landschaftspflegemaßnahmen vorhandenen Mittel gehen direkt an Bauern und Bäuerinnen, denen ein verlässliches Zusatzeinkommen im Naturschutz erschafft wird.



## Sechs Mal im Land

Die Idee entstand vor fast 25 Jahren in Mittelfranken. Bundesweit gibt es inzwischen über 140 Landschaftserhaltungsverbände in 13 Ländern. In Baden-Württemberg sind es sechs in den Landkreisen Emmendingen (seit 1991), Schwäbisch Hall (1995), in Heilbronn (2005) sowie im Ostalb-Kreis (2000). Zwei kommunale Verbände agieren im Main-Tauber-Kreis (1999) und in Rottweil (2006). Nach den Vorstellungen des LNV

sollte ein Landschaftserhaltungsverband in der Regel einen Landkreis abdecken, da dann die Kooperation und Koordination mit der Naturschutzbehörde am leichtesten fällt. Notwendig ist die Grundausstattung mit mindestens einer ganzen Stelle und vor allem eine klare Definition von Aufgaben und der Arbeitsteilung mit der Behörde.

- ▶ [www.lpv.de](http://www.lpv.de)
- ▶ [www.lnv-bw.de](http://www.lnv-bw.de)

▼ Hochmoorsee bei Schwenningen



# Verkehr entschleunigen



▲ Autobahnkreuz bei Leonberg

**Eigentlich wollte die Landesregierung die Fortschreibung des Generalverkehrsplans – nach mehreren Verschiebungen - im Herbst 2010 vorlegen. Tanja Gönner – seit Ende Februar 2010 nicht nur Umwelt-, sondern auch Verkehrsministerin - lässt allerdings prüfen, ob dieser Zeitplan sinnvoll ist. Der LNV drängt auf Überarbeitung auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten und auf „weniger Mobilitätsaufwand durch Entschleunigung“.**

Seit Jahren befasst sich der Landesnaturschutzverband mit brennenden Verkehrsfragen. 2008 war das Thema auch Schwerpunkt eines Zukunftsforums zum Straßenbau. Wirklich Gehör bei den Entscheidern finden Mahner und Bremsler bisher allerdings kaum. „Dabei können und wollen wir uns nicht vorstellen, dass auch der neue Generalverkehrsplan wichtige verkehrswissenschaftliche Fakten, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und weltpolitische Notwendigkeiten ignoriert“, so LNV-Geschäftsführerin Dr. Anke Trube.

Kritisiert wird vor allem die Basis, auf der Verkehrszunahmen prognostiziert werden. Das – bisher im Land zuständige – Innenministerium ging von erheblichen Steigerungen aus, ohne dies zu belegen. Die Vorhersage der deutschlandweiten Verkehrsverflechtungen 2025 stützt sich auf Zahlen aus dem Jahr 2004, als weltweit Hochkonjunktur herrschte. Außerdem setzt die Studie nach Einschätzung des LNV einen zu niedrigen Ölpreis an. „Aber selbst wenn das Trend-Szenario richtig wäre“, so Trube weiter, „zeigt das doch nur,

wie wichtig unser Ansatz einer angebotsorientierten Verkehrspolitik ist.“ Eine 30-Prozent-Steigerung im motorisierten Straßen- und eine Verdoppelung des Flugverkehrs seien weder der Bevölkerung zuzumuten noch vereinbar mit den Klimazielen der Bundesregierung.

Die Alternativen sind aufgezeigt: Der prominente Verkehrsexperte Prof. Dr. Hermann Knoflacher, Präsident des renommierten Club of Vienna, verlangt neben der Entschleunigung des Straßenverkehrs eine Politik der kurzen Wege zur Lösung der Verkehrsprobleme. Knoflacher hielt einen vielbeachteten Vortrag auf dem Zukunftsforum 2008. Sein Kollege von der Universität Stuttgart, Prof. Dr. Markus Friedrich, schlug schon damals vor, die Verkehrsinfrastruktur nicht kritiklos an die Nachfrage anzupassen; vielmehr gelte es, die Mobilität der Menschen den verkraftbaren Möglichkeiten anzupassen. Dr. Heinrich Reck von der Universität Kiel machte die Straßen mit ihrer Zerschneidungswirkung als einen Hauptfaktor für das Artensterben aus.

Der LNV verlangt von der Landesregierung, im neuen Generalverkehrsplan aufzuzeigen, wie unter den zukünftigen ökologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Mobilität gesichert werden kann, statt „noch verkehrsreichere Strukturen zu schaffen“. Die Fokussierung auf andere Antriebsarten wie den Elektromotor sei ungenügend. Denn: Am Flächenverbrauch und an den vielen anderen Problemen der Automobilität ändert das Elektroauto nichts.

# „Ein richtiger Gaisburger Marsch“

Reiner Ehret ist seit zehn Jahren Vorsitzender des Landesnaturschutzverbandes. Aus Leidenschaft. Im Interview mit Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer spricht er über die Arbeit im LNV, über Erreichtes, aber auch über die vielen Aufgaben der kommenden Jahre.

**Die Krise ist noch nicht vorbei. Was sind in finanziell schwierigen Zeiten die größten Herausforderungen im Natur- und Umweltschutz?**

**Ehret:** Das Hauptproblem für den Natur- und Umweltschutz in der Krise ist, es nicht zuzulassen, dass sich Gesellschaft und Politik ausschließlich um künftiges wirtschaftliches Wachstum kümmert. Wir müssen dafür sorgen, dass auch heute, angesichts der aktuellen ökonomischen Gegebenheiten, die Grundsätze der Nachhaltigkeit, die Gleichwertigkeit von Ökologie und Ökonomie in Erinnerung bleiben ...

**...zumal Ökologie wirtschaftlich sehr erfolgreich sein kann.**

**Ehret:** Ich habe als einer der wenigen aus dem Umfeld der Naturschützer im Innovationsrat des Landes immer wieder darauf bestanden, dass die Mär von

▼ Brigitte Johanna Henkel-Waidhofer  
im Gespräch mit Reiner Ehret



▲ Verleihung des Bundesverdienstkreuzes durch Ministerpräsident Günther Oettinger

der Bremswirkung der Ökologie ersetzt wird durch die Erkenntnis, dass sich beide ergänzen, mehr noch, dass eine dauerhaft erfolgreiche Ökonomie nur möglich sein wird unter Beachtung der wichtigsten ökologischen Gesetze. Ich bin als Kaufmann geneigt, den ökologischen Wert immer auch mit ökonomischen Fakten zu untermauern. Denen, die nur ans Geld glauben, möchte ich vermitteln, wie viel mehr Geld zu verdienen ist, wenn ökologische Gesetze befolgt werden, weil wir sonst schon sehr bald noch viel mehr Geld in die Reparatur weltweiter Schäden stecken müssen.

**Sie sind dem LNV fast 20 Jahre verbunden. Heute finden Sie mit solchen Wahrheiten doch sicher mehr Gehör als damals?**

**Ehret:** Das ist wahr. Aber es war auch ein sehr weiter Weg. Es ist ein sehr weiter Weg, weil das Bekenntnis zu mehr Ökologie und die Tat noch lange nicht

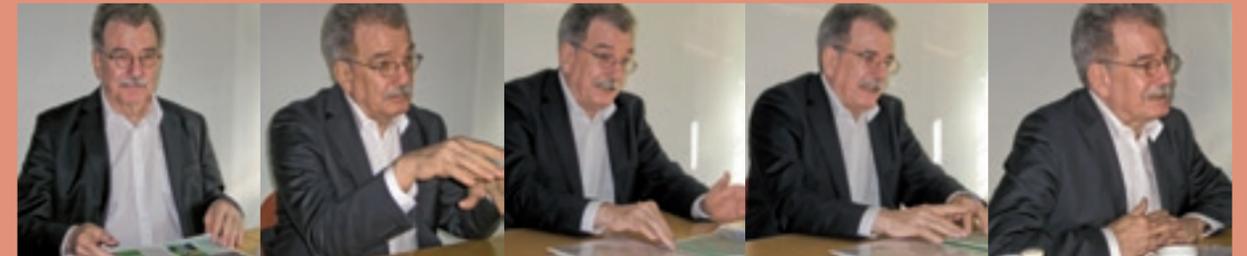
## Hohe Auszeichnung für Reiner Ehret

Er ist dem Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) seit fast 20 Jahren verbunden, seit 1994 ist er Vorstandsmitglied, seit 2000 leitet Reiner Ehret den Dachverband der baden-württembergischen Naturschutzverbände, der 32 Mitgliedsvereine mit über 540.000 Mitgliedern vertritt. Im Dezember 2009 hat ihn der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger mit dem von Bundespräsident Horst Köhler verliehenen Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Ehret, der in Kirchzarten wohnt, bereitete Ende 1990 als Mitglied der LNV-Struktur-Kommission den Weg für eine grundlegende Neustrukturierung des

Verbandes. Als Vorsitzender intensivierte er das politische Engagement in Fragen des Natur- und des Umweltschutzes. Vor allem öffnete er den LNV für Koalitionen mit anderen Organisationen.

2009 wurde der heute 70-Jährige einstimmig in seinem Amt bestätigt. Er vertritt den LNV im SWR-Rundfunkrat, im Aktionsbündnis „Flächen gewinnen für Baden-Württemberg“, in der strategischen Koordinierungsgruppe der Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Nachhaltigkeitskonferenz. Er ist Mitglied im Landesbeirat für Natur- und Umweltschutz, im Fachbeirat für Naturschutzfragen, im Stiftungsrat der Stiftung Naturschutzfonds – alle im Umweltministerium – und im Innovationsrat des Landes Baden-Württemberg.



deckungsgleich sind. Noch einmal zum Innovationsrat. Dort werden meine Anmerkungen gerne und lobend gehört, wenn es aber um die Programmatik geht, fehlen die Worte Naturschutz oder Ökologie fast komplett. Die Wirtschaft ist noch lange nicht auf dem richtigen Trip.

**Wie können in einem Dachverband mit derart vielen Mitgliedern Gegensätze ausgeglichen werden?**

**Ehret:** Ich habe das Wort geprägt, dass der LNV sich fühlen sollte wie ein Parlament des Natur- und Umweltschutzes. Mit gegenseitigem Respekt, auch bei unterschiedlichen Meinungen ...

**...zum Beispiel die von Jägern und Fischern, von Kletterern und den Naturschützern.**

**Ehret:** Natürlich. Wir sind in der Lage zusammenzuführen, auszugleichen, es gibt aber auch Mehrheits-

entscheidungen im Vorstand. Was ich auf jeden Fall ablehne, das ist der kleinste gemeinsame Nenner. Wenn wir so arbeiteten, würden wir uns als Verband überflüssig machen. Wir können keine dünne Suppe servieren, sondern eine dicke Suppe, so einen richtigen Gaisburger Marsch.

**Wird ehrenamtliche Arbeit in unserer Gesellschaft ausreichend geachtet?**

**Ehret:** Es kommt immer auf die Erwartungshaltung der ehrenamtlich Tätigen an. Meine Aufgabe, die Aufgabe des LNV ist es, an Erfolge der Aktiven vor Ort zu erinnern. Es ist eine große Leistung, dass ein Netz von 44 Arbeitskreisen über Jahrzehnte aktiv ist. Natürlich gibt es auch die Forderung an die Politik, das Ehrenamt nicht nur an Festtagen und in Sonntagsreden zu ehren, sondern mit konkreten Vorgaben auch

weiter auf Seite 10 ►

Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen eine saubere erfolgreiche Arbeit ermöglichen, die zugleich mit der notwendigen gesellschaftlicher Anerkennung vergütet wird.

#### Was ist Ihr größter Erfolg?

**Ehret:** Dass Natur- und Umweltschützer als gesellschaftliche und politische Kraft anerkannt sind. Unsere Meinung wird gehört, manchmal auch berücksichtigt. Das war nicht immer so. Und wir haben viele verrückte Projekte verhindert, zum Beispiel Schihallen, wie die in Sasbachwalden. Da haben wir viel Engagement investiert. Das ist ein guter Grund weiterzumachen, auch wenn ich manchmal fast verzweifle, wie wenig Naturschutz im Alltag mit seinen Anliegen in den Medien vorkommt.

#### Was müsste sich ändern?

**Ehret:** Richtig, berichtet wird über spektakuläre Dinge, es muss gewissermaßen Blut fließen, oder über Streit. Zu wenig, zum Beispiel im SWR, ist erkannt, wie viel Wirtschaft mit Umwelt zu tun hat. Junge Leute, zum Beispiel, sind daran sehr interessiert.

#### Was möchten Sie erreicht haben, wenn Sie einmal nicht mehr zur Wiederwahl antreten?

**Ehret:** Ich würde mich freuen, wenn die Einheit aller Natur- und Umweltschutzverbände wieder hergestellt würde. Die Tür, für Nabu und BUND in erster Linie, ist offen. Baden-Württemberg würde es gut tun, spräche der Naturschutz wieder mit einer Stimme, nicht zuletzt auch gegenüber der EU.



Der Vorstand des LNV (von links): Thomas Dietz, Dr. Heiner Grub, Helga Hartmann, Dr. Erhard Jauch, Werner Breuning, Dieter Laquai, Dr. Gerhard Bronner, Reiner Ehret, Regina Schmidt-Kühner, Robert Auersperg, Dr. Frank Baum, Wolfgang Reuther. Es fehlen Wolfgang Neukum, Dr. Hans-Ulrich Rauchfuß, Martin Klingel, Gerhard Bossert, Dr. Wilhelm Schloz.

## Dem Naturschutz eine Stimme

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) ist der per Gesetz anerkannte Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände in Baden-Württemberg mit rund 540.000 Mitgliedern, von denen viele ehrenamtlich in ihren Kommunen engagiert sind.

Unter den 32 Vereinen sind der Schwäbische Albverein und der Schwarzwaldverein ebenso wie die aus der Arbeiterbewegung erwachsenen NaturFreunde, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, aber auch die Arbeitsgemeinschaft Fledermausschutz, der Arbeitskreis „Heimische Orchideen“ oder der Bund für Naturschutz Alb-Neckar und - seit 2009 – auch der Deutsche Alpenverein.

Der Verband ist mit nur zwei Ebenen (Land und Kreis) sowie einer Geschäftsstelle in Stuttgart besonders

effektiv organisiert. Zu bestimmten Themen werden Fachreferenten zugezogen. Neben der Begleitung von Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutzmaßnahmen werden Mitgliedsverbände und LNV-Arbeitskreise zeitnah über aktuelle Entwicklungen, etwa über neue Gesetzesvorhaben in Land oder Bund sowie Vorgaben und Pläne der Europäischen Union informiert. Zugleich startet der LNV auch Initiativen und koordiniert die Stellungnahmen der Naturschutzverbände.

Aktive Naturschützerinnen und Naturschützer werden in ihrer Vor-Ort-Arbeit vom Team der LNV-Geschäftsstelle mit den Geschäftsführerinnen Christine Lorenz-Gräser und Dr. Anke Trube, Pressereferent Martin Zorzi, sowie Christa Krämer, Annette Schade-Michl (Sachbearbeiterinnen) beraten und unterstützt.

# Einblick in die Arbeit

- ▶ Tagung der LNV-Arbeitskreise im Regierungsbezirk Freiburg
- ▼ Infoveranstaltung



Mindestens zweimal im Jahr treffen sich die Arbeitskreise des Landesnaturschutzverbandes, die es in jedem Stadt- und Landkreis gibt, laut Geschäftsordnung. Tatsächlich funktioniert der Austausch deutlich intensiver. Gemeinsamkeiten müssen herausgearbeitet und Stellungnahmen formuliert werden, Spezialisten befassen sich mit einzelnen Fragen, vom Straßenbau bis zur Abfallentsorgung, vom Flächenverbrauch bis zum Klimaschutz.

Die Palette der Gefühle beschreibt Werner Brekle aus dem Landkreis Ludwigsburg: Von „großer Freude“ über „befriedigendes Abfinden“ bis zu „Trauer mit innerer Wut“ reichten die Reaktionen, wenn klar geworden sei, wie sich die Arbeit des LNV in den Entscheidungen der Behörden und des Gesetzgebers niederschlägt. Stets ist oberstes Ziel nicht nur eine „Gemeinsame Stellungnahme der nach § 67 NatSchG anerkannten Verbände“ als abgestimmte Äußerung abzugeben, sondern auch möglichst viele Aspekte der eigenen Position wieder zu finden. „Große Freude“ steht in Ludwigsburg, wo der Arbeitskreis auf eine über 25-jährige Erfahrung zurückblicken kann, zum Beispiel für die Ausweisung der Naturschutzgebiete „Oberes Tal“ bei Ingersheim und „Unterer Berg“ bei Sachsenheim, Trauer über einige flächenintensive und mit großen Eingriffen verbundenen Umgehungsstraßen.

Die ehrenamtlichen Naturschützerinnen und Naturschützer vor Ort verstehen sich als Anwälte der Natur. Sie arbeiten weitgehend selbständig, was die Nähe zu



den jeweiligen Themen, zu den brennenden Fragen in den Regionen garantiert. Sie werden aber auch durch Fachleute oder Wissenschaftler unterstützt, die auf Landesebene ebenfalls ehrenamtlich tätig sind. Außerdem kann – und wird! – auf die Unterstützung der Stuttgarter Geschäftsstelle zugegriffen, in der, effizient strukturiert, fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit die Basis der gemeinsamen Arbeit koordinieren.

In der Praxis hat – nicht nur in Ludwigsburg – ein Problem in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen: Der Zeit- und Termindruck wird immer größer, was Auswirkungen vor allem auf die Erarbeitung der Stellungnahmen hat, die nicht selten im Umlaufverfahren zu formulieren sind, weil die Fristen derart knapp gefasst sind. Mehrere Ehrenamtliche müssen dann zügig zusammenfinden. Brekle: „Dann ist eine ausgetüftelte Arbeitsteilung Trumpf.“

# Verbrauchte Landschaften

Eine Netto-Null im Flächenverbrauch hat sich die Landesregierung 2005 auf ihre Fahnen geschrieben. Geschehen ist wenig. Seit 2006 steigen die Zahlen sogar wieder an. Um das Problem stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken beschritt der LNV mit dem preisgekrönten Medienpaket „Ende im Gelände“ bereits 2005 neue Wege. 2009 folgten die drei Filme „Kurze Wege“ über den Zusammenhang von Alltag und Siedlungsform. Der LNV engagiert sich auch im Aktionsbündnis des Landes „Flächen gewinnen“. Konkrete Forderungen des LNV liegen längst auf dem Tisch. Vor allem: Die CDU/FDP-Koalition soll die Gemeinden im Land dazu verpflichten, ein Brachflächenkataster zu erstellen. Daran wiederum können die Potenziale von Baulücken und Brachen, die Möglichkeiten innerorts, aber auch Fehlentwicklungen aufgezeigt werden. Die Bilder illustrieren die Notwendigkeit des Engagements.

► Neubaugebiet Riedlingen, abseits der Siedlungsstruktur wird ein mehrere ha großes Neubaugebiet in völlig unbebauter Landschaft angelegt.

▼ Ergenzingen Ost, Gewerbegebiet auf wertvollem Ackerland, im Vordergrund Einzelhandelsdiscounter

▼ Nordring Mössingen, Flächenverbrauch durch neue Straßen

▼ Mühlenviertel Tübingen, durchmischte Bebauung auf ehemaligem Fabrikgelände

▼ Gomaringen, Neuerschließung eines Gewerbegebietes abseits der bisherigen Bebauung



12



13





▲ Streuobstwiese im südlichen Odenwald

# Wanderfalken, Wiesen und ein Moorgebiet

**Bald schreibt Natura 2000 das zwanzigste Jahr seiner Geschichte. 1992 hat die EU die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie als Grundlage verabschiedet. Die ehrgeizigen Zeitpläne von damals mussten mehrfach über den Haufen geworfen werden. In Deutschland ist Natura 2000 seit acht Jahren im Bundesnaturschutzgesetz endgültig rechtsverbindlich. Die schwierige Arbeit vor Ort hat längst begonnen.**

Ein Ziel, drei Beispiele: In Isny wird um den Erhalt eines Moorgebiets gekämpft. Der Bürgermeister träumt von einem Neubaugebiet. Im Regierungsbezirk Freiburg werden Berg- und Flachlandmähwiesen immer weniger, viele bäuerliche Betriebe verstoßen gegen die FFH-Richtlinie. Der Landesnaturschutzverband will – unter anderem – wissen, in welcher Weise die Betroffenen überhaupt davon erfahren, dass sich geschützte Biotope auf ihren Flächen befinden. Generell habe sich gezeigt, sagt der LNV-Vorsitzende

Reiner Ehret, dass „die Information der Landwirte durch das Ministerium und die nachgeordneten Behörden völlig unzureichend“ gewesen seien, trotz der öffentlichen Auslegung von geschützten Biotopen und FFH-Flächen und trotz des Ausdrucks von Luftbildern. Der LNV verlangt, Naturschutzaspekte zwingend in die landwirtschaftliche Beratung aufzunehmen.

▼ Scheckenfalter



▲ Feuchtgebiet am Oberrhein



▲ Glockenblume

Und dann ist da der Landkreis Reutlingen. An der Wittlinger Steige fanden und finden Felsräumarbeiten im Wege einer Verkehrssicherungspflicht statt und greifen in zentrale Schutzzwecke des Natura 2000-Gebiets ein. Der Landesnaturschutzverband ist aktiv geworden, eine Fachaufsichtsbeschwerde wurde eingereicht.

Was die EU als länderübergreifenden Schutz gefährdeter, wild lebender heimischer Pflanzen- und Tierarten unionsweit startete, droht vor Ort oft im engmaschigen Gestrüpp der Gegebenheiten, der unterschiedlichen Interessen unterzugehen. Und in Brüssel sind keine Kapazitäten zur zügigen Bearbeitung der Beschwerden vorhanden. Eine Erkenntnis, für die im Regelwerk eigentlich kein Platz ist. Schon 2001 (!) haben die Staats- und Regierungschefs in Göteborg beschlossen, bis zum Jahr 2010 den weiteren Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen. Noch ein Ziel, das eingesammelt werden musste.

Auch weil es Vorgänge wie den an der Wittlinger Steige gibt. Die Felsen liegen unstrittig im FFH-Gebiet 7522-341 Uracher Talpinne, mit seinem zentralen Schutzzweck, etwa von Felslebensräumen und diversen Fledermausarten, die dort überwintern. Die Felsen liegen – ebenfalls unstrittig – auch im Vogelschutzgebiet 7422-441 Mittlere Schwäbische Alb, wo zum Beispiel Uhu und Wanderfalke brüten. Wie zäh der Natura 2000-Alltag ist, belegt allein der Zeitablauf.

Im Dezember 2008 hatte der LNV das zuständige Straßenbauamt auf die Verstöße hingewiesen. Die Räumarbeiten wurden fortgesetzt, schon damals von 150 Kubikmetern Felsmasse auszugehen. „Ohne den Einsatz ehrenamtlicher Naturschützer wären die Arbeiten noch weit gravierender ausgefallen, womöglich wäre der Felsen sogar weggesprengt“, sagt Ehret, der sich im Februar 2009 ans Regierungspräsidium Tübingen wandte. Das hat reagiert und mitgeteilt, dass die erhebliche Beeinträchtigung des Lebensraums auch von einem unabhängigen Gutachter bestätigt wurde. Zugleich berief sich die Behörde auf einen Ausnahmetatbestand, weil die Verkehrssicherheit schwerer wiege. Inzwischen sind die Arbeiten fast abgeschlossen, ein Ausgleich ist vorgesehen.

Die EU ist, auch wenn es zu wenig Personal gibt, aus Schaden klug geworden. Schon 1979 war die Vogelschutzrichtlinie verabschiedet worden. Passiert ist danach jahrelang nichts. FFH hat dagegen ohne Zweifel manches bewirkt: 2008 waren in der Europäischen Union 22.945 Natura 2000-Gebiete mit 661.503 Quadratkilometern, 13,3 Prozent der Land- und 92.893 Quadratkilometer Meeresfläche ausgewiesen, davon in Deutschland 4675 Gebiete mit 54.343 Quadratkilometern oder 9,9 Prozent der Land- und 19.134 Quadratkilometer der Meeresfläche. Zum Vergleich: Baden-Württemberg hat 260 Gebiete mit 11,6 Prozent der Landfläche – dank einer EU-Beschwerde von LNV, BUND und NABU.

▼ Zauneidechse



▼ Großer Wiesenknopf



▼ Grasfrosch



# Gesellschaftlichen Fortschritt besser messen

**Hans Diefenbacher ist Professor in Heidelberg und ehrenamtlicher LNV-Sachverständiger für Finanz- und Wirtschaftsfragen. Er lehrt Volkswirtschaft und leitet den Bereich Frieden und Nachhaltige Entwicklung an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. Gemeinsam mit Roland Zieschank von der Freien Uni in Berlin hat er einen neuen Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) entwickelt – zur Ergänzung und zur Korrektur des Bruttoinlandsprodukts.**

In der Natur beobachten wir Wachsen und Vergehen, in stetem Rhythmus. In der Natur wächst nichts unbegrenzt. Nur in der Ökonomie soll dies möglich sein, wenn man all den Verlautbarungen der Politiker, aber auch mancher Wissenschaftler Glauben schenkt - Grenzen des Wachstums werden zwar immer wieder diskutiert, der Bericht an den Club of Rome hat Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts für Aufsehen gesorgt - aber in die Zielsetzungen der Politik hat der Gedanke einer Wachstumsbegrenzung noch keinen Eingang gefunden. Im Gegenteil: Die CDU/FDP-Regierung hat mit der monströsen Wortschöpfung „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ diesem Unverstand zumindest vorläufig die Krone aufgesetzt. Kann das langfristig gut gehen? Oder kommt es, um kurzfristiger politischer Erfolge willen, gar nicht mehr darauf an?

Traditionell gilt nun das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Schlüsselindikator nicht nur für westliche Volkswirtschaften; an ihm orientieren sich weltweit Politik und Öffentlichkeit bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Staates und des Erfolgs oder Misserfolgs der jeweiligen Wirtschaftspolitik. Wenn von Wachstum die Rede ist, dann ist in aller Regel das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts eines Landes gemeint. Wohl deshalb wurde dieser ökonomische Leit-Indikator auch in die bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie seit 2002 übernommen - und zwar nicht nur als eigenständige Zielgröße, sondern auch als Bezugsgröße in anderen Indikatoren wie der Energie- und der Ressourcenproduktivität oder im Verkehrsbereich. Gerade an diesem Tatbestand - dass nach Ansicht der deutschen

Regierungen, gleich welcher Couleur, das Wirtschaftswachstum auch ein Indikator für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitsstrategie sein soll - entfachte sich - nach ersten kritischen Einschätzungen bereits in den 1980er Jahren - eine neuerliche Diskussion um die Aussagefähigkeit des Bruttoinlandsprodukts. Denn Nachhaltigkeit liegt nur dann vor, wenn wir unsere Bedürfnisse so befriedigen, dass die nach uns kommenden Generationen auch die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. (...)

Eine Reihe von Wert schöpfenden Aktivitäten bleiben im Bruttoinlandsprodukt unberücksichtigt, die positiv zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen. Die Wertschöpfung durch Hausarbeit und durch ehrenamtliche

▼ Ehrenamtliches Engagement als Wertschöpfungsfaktor



Tätigkeiten wird im Bruttoinlandsprodukt nicht berücksichtigt. Das führt zu der paradoxen Situation, dass das Bruttosozialprodukt steigt, wenn zwei Personen sich gegenseitig dafür bezahlen, wenn sie ihr Geschirr gegenseitig spülen; wenn beide ihr jeweils eigenes Geschirr spülen und diese Ausgabe dadurch sparen, sinkt das Bruttoinlandsprodukt wieder. (...) Schwerer wiegt jedoch an der Nichtberücksichtigung von Hausarbeit und Ehrenamt im Bruttoinlandsprodukt, dass damit eine systematische Missachtung, zumindest aber eine zu geringe Wertschätzung dieser Arbeiten einhergeht - und das heißt nichts anderes, dass hier in erster Linie - wieder einmal - die Arbeit von Frauen gering geschätzt wird, denn diese ganz unverzichtbare volkswirtschaftliche Wertschöpfung führt ja nicht zu einem Wachstum, jedenfalls nicht, solange es so gemessen wird wie heute üblich. (...)

Um die bisherigen Defizite der Sozialproduktberechnung sichtbar zu machen, schlagen mein Kollege Roland Zieschank von der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin und ich einen neuen nationalen Wohlfahrtsindex vor, der das Bruttoinlandsprodukt zumindest ergänzen könnte. Dabei

erfinden wir das Rad keineswegs neu, denn ähnliche Ansätze gibt es mittlerweile bereits gut 25 Jahre. Der Index ist aus mehreren Teilindikatoren zusammengesetzt. Er ist eine monetäre Kenngröße, das heißt, alle Teilindikatoren liegen jährlich als Größen vor, die in Geldeinheiten bewertet sind - oder sie könnten theoretisch in dieser Form vorliegen, wenn die Daten in der erforderlichen Qualität bereit gestellt würden. (...)

Der NWI geht von der Basisgröße „Privater Verbrauch“ aus, also vom Konsum der Privaten Haushalte. Dieser Ausgangspunkt beruht auf der Annahme, dass der Private Verbrauch - der Konsum von Gütern und Dienstleistungen durch die Haushalte - diesen einen positiven Nutzen stiftet und damit zur Wohlfahrt beiträgt. Wir maßen uns also nicht an, Menge und Qualität des Konsums zu bewerten. Aufgrund der Überlegung, dass ein zusätzliches Einkommen für einen armen Haushalt eine höhere zusätzliche Wohlfahrt stiftet als für einen reichen Haushalt, wird der Private Verbrauch mit der Einkommensverteilung gewichtet.

weiter auf Seite 18 ►

▼ Ökologische Faktoren als Messgrößen des Wohlfahrtsindex



## Verdoppelt vervielfacht

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben im Februar auf einem Sondergipfel in Brüssel die neue Wirtschaftsstrategie der Union beraten. Die Union brauche mehr Wachstum, um ihr Sozialmodell zu finanzieren, erklärt der neue ständige Ratspräsident der EU, Herman Van Rompuy. Die 0,7 Prozent Wachstum, die im laufenden Jahr erwartet werden, nennt die EU ein „Mini-Wachstum“. Dabei bräuchte es zunächst nur einen einfachen Taschenrechner, um sich klar zu machen, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum weder möglich und vermutlich auch gar nicht sinnvoll wäre. Ein Wachstum von einem Prozent pro Jahr führt zu einer Verdoppelung des Anfangsbetrages in 72 Jahren. Wächst etwas mit drei Prozent, so verdoppelt sich der Anfangsbetrag in 23,5 Jahren. Bei vier Prozent Wachstum wäre nach ungefähr sieben Generationen das 1000fache des Anfangsbetrages erreicht. Und wäre seit Christi Geburt irgendetwas mit nur einem Prozent kontinuierlich gewachsen, hätten wir heute das unvorstellbare 44millionenfache des Anfangsbetrages erreicht.

Das bedeutet: Je ungleicher verteilt das Einkommen einer Gesellschaft ist, desto niedriger ist - unter sonst gleichen Bedingungen - der NWI. Dann wird die nicht über den Markt bezahlte Wertschöpfung durch Hausarbeit und Ehrenamt einbezogen. Aufgrund von Untersuchungen über die Zeitverwendung der Bundesbürger wissen wir ungefähr, wie viel Zeit die Menschen mit Hausarbeit und mit ehrenamtlicher Tätigkeit in Deutschland verbringen. Diese Zeit wird mit dem sehr niedrigen Stundensatz, den ungelernete Haushaltshilfen durchschnittlich bekommen, bewertet und in den Wohlfahrtsindex positiv eingerechnet.

Sechs Indikatoren bilden zusätzliche soziale Faktoren ab, die im Bruttoinlandsprodukt in dieser Weise nicht berücksichtigt werden. Einerseits werden Wohlfahrt stiftende Ausgaben des Staates für Gesundheit und Bildung addiert, andererseits Kosten etwa von Kriminalität oder Verkehrsunfällen abgezogen. Ökologische Faktoren werden durch neun weitere Indikatoren erfasst: Ausgaben zur Kompensation von Umweltschäden, Schadenskosten aufgrund unterschiedlicher Umweltbelastungen und Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen.

Schließlich enthält der NWI in seiner Grundform zwei ökonomische Indikatoren, und eine zusätzlich ausgewiesene Variante des NWI bezieht darüber hinaus (negativ) die Nettoneuverschuldung öffentlicher Haushalte ein. Denn die Schulden, die heute entstehen, müssen zukünftige Generationen bedienen, die dadurch ihren Handlungsspielraum einengen müssen. Positiv im neuen Wohlfahrtsindex werden hingegen die öffentlichen Ausgaben zum ökologischen Umbau der Wirtschaft mit berücksichtigt, denn wir gehen davon aus, dass ein solcher Umbau die Wohlfahrt der zukünftigen Generationen steigern wird.(...)

Der NWI eröffnet die Chance, andere Quellen des Wohlstands und der Wohlfahrt besser zu erkennen und zu stärken: Hierzu gehört eine gerechtere Einkommensverteilung, die Wertschätzung sozialer Netzwerke und bürgerschaftlichen Engagements und die Minderung von Umweltbelastungen und Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen. (...)

▼ FFH-Biotop Blumenwiese



Die Abhängigkeit einer Gesellschaft von den ökonomischen Wachstumsraten als zentraler Orientierungsgröße würde abnehmen, wenn sie sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt, sondern auch am neuen Nationalen Wohlfahrtsindex. In mehreren westlichen Staaten sind die BIP-Kennzahlen künstlich hoch gehalten worden. Das ginge über massive Verschuldungsstrategien und über die entsprechende Aufblähung und Überbewertung monetärer Vermögenswerte - von Immobilien bis Finanzderivaten. Ein modern konstruierter Wohlfahrtsindex würde hier - bei entsprechend zeitnaher Datenverfügbarkeit - Frühwarnsignale liefern können.(...)

Inwieweit ein stärker qualitatives Wachstum im skizzierten Sinne wirklich ausreichende ökologische Entlastungen, neue Arbeitsplätze, bessere Wettbewerbsfähigkeit und eine Entlastung der Staatsausgaben bringt, kann durch eine Wohlfahrtsrechnung nicht beantwortet, aber angemessener diskutiert werden. Das neue Berichtssystem verbessert die Informationsbasis der politischen Entscheidungsfindung. Es stellt eine wichtige Grundlage für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an einer gesellschaftlichen Ziel-diskussion dar: Was bedeutet gesellschaftlicher Fortschritt, und wie ist er zu erreichen?

Eine solche Diskussion ist in nächster Zeit ganz unverzichtbar, denn es kann nicht einfach theoretisch abgeleitet werden, welche Faktoren in Ergänzung zum traditionellen Bruttoinlandsprodukt bei einer Wohlfahrtsmessung berücksichtigt werden müssen. Dieser Umstand scheint jedoch immer weniger als Argument dafür herhalten zu können, eine solche neue Betrachtung gar nicht zu beginnen. Denn die zuständige Statistik ist mit einem zunehmenden Legitimitätsproblem konfrontiert, wenn die Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit bei einer steigenden Zahl von Menschen von den Aussagen der offiziellen Bericht-erstattung abweicht. (...)

Das zwanzigste Jahrhundert mag das Zeitalter der neoliberalen und keynesianischen Wirtschaftstheorie gewesen sein. Das 21. Jahrhundert erfordert eine Neujustierung von Prioritäten. Es müssen Lösungen gefunden werden, die ein friedliches Zusammenleben der Menschen fördern, auf der Basis einer weltweiten sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung der Lebenschancen für zukünftige Generationen.

Auszüge aus der SWR2-AULA-Sendung vom 10. Januar 2010. Mit freundlicher Genehmigung des Südwestrundfunks.



## Ein Beitritt, zwei Gewinner

▲ Bei der Biotoppflege

**Der Schulterschluss hat keine Tradition. Die Gräben wurden dennoch überwunden. Der Landesverband des Deutschen Alpenvereins (DAV) ist neues Mitglied im Landesnaturschutzverband (LNV). Ein Beitritt, zwei Gewinner: Nicht nur, weil die LNV-Mitgliederzahl von 400.000 auf 540.000 gestiegen ist.**

Reiner Ehret hofft, dass der LNV „verstärkt durch den Zuwachs“ den Naturschutzanliegen neues Gewicht verleihen kann, dass sie noch weiter in die Bevölkerung hineingetragen werden. Der Alpenverein will sein einschlägiges Profil stärken. Die Vorarbeit ist längst geleistet, nachdem die Sektion Schwaben bereits seit 1978 LNV-Mitglied ist. Gemeinsam wollen sich beide Verbände für das Land stark machen, grundsätzlich und konkret vor Ort. Das Projekt Schaufelsen zeige, lobt der DAV, dass bei einem gemeinsamen Vorgehen mehr erreicht werden kann. Schon heute setzten sich viele Sektionen vorbildlich für den Schutz der Natur und der Landschaft in ihrer Heimatregion ein.

Seit 2004 ist am Schaufelsen im Oberen Donautal eine neue verbesserte Kletter- und Schutzkonzeption in Kraft. Die Grundlagen dafür hat eine aus Kletterern und Naturschützern bestehende Projektgruppe erarbeitet, vor allem aber wurde sie mit den betroffenen Akteuren abgestimmt. Es gibt klare Regelungen, es gibt Tabuzonen, aber auch – beziehungsreich am Traumfelsen – Klettern ohne Auflagen.

LNV und DAV wollen auch in anderen Regionen eng zusammenarbeiten, nicht zuletzt dank der LNV-Arbeitskreise, in denen ein verbandsübergreifender Austausch zu vielen, auch zu brenzligen Fragen stattfindet. Vorrangiges Ziel der Neumitglieder ist naturgemäß die nachhaltige Entwicklung des Klettersports,

nicht nur im Donautal, sondern auch im Schwarzwald, im Odenwald oder auf der Schwäbischen Alb – immer die Naturverträglichkeit im Blick.

▼ Vogelbeobachtung an Felsen im Donautal



▼ Umweltbildung beim DAV





# Naturnaher Wald

Der Landesnaturschutzverband bekennt sich zu einer nachhaltigen und schonenden Nutzung des Rohstoffes Holz. Das Land ist aufgefordert, die notwendigen Grundsätze im Landeswaldgesetz verbindlich festzulegen. Allerdings: Das zuständige Ministerium sieht keinen Handlungsbedarf.



Eine pflegliche Holzernte, der Verzicht auf Pestizide, die Erhaltung standortheimischer Baumarten, die Einhaltung des Durchforstungsurnus oder die Vermeidung von Bodenschäden: Alles Eckpunkte jenes Kriterien-Katalogs, der unter der Überschrift „Grundsätze der naturnahen Waldwirtschaft und Definition der guten fachlichen Praxis“ erstellt wurde. Letztere ist dringend notwendig, weil es in Baden-Württemberg eine sehr vielfältige Eigentümerstruktur und -zielsetzung bei der Waldbewirtschaftung gibt.

„Die Wälder werden so bewirtschaftet, dass die regional typischen standortheimischen Baumarten mit mindestens 60 Prozent beteiligt sind“, heißt es in dem Positionspapier, das der Vorstand im Auftrag der Mitgliederversammlung zusammenstellte. Der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret kritisiert unter anderem, solche und andere Grundpflichten von Waldbesitzern seien nicht ausreichend definiert, obwohl die EU dies für

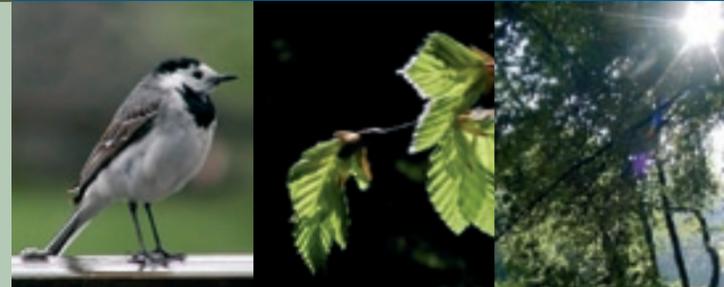
ihre Förderung vorschreibt. Vor allem sei der Verstoß weder mit Sanktionen noch mit Bußgeldern bewehrt. Und Gemeinwohlbelange wie der Artenschutz seien nicht ausreichend abgesichert, die Beratungsleistung für Waldbesitzer im Zuge der Verwaltungsreform sogar reduziert worden.

In einem Schreiben hat sich Ehret ans zuständige Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum gewandt. Ohne Erfolg, obwohl auch der Bund die gute fachliche Praxis in die Novellierung des Bundeswaldgesetzes aufnehmen wollte. Die Länder legten sich im Bundesrat quer. Baden-Württemberg sieht die „nachhaltige Waldbewirtschaftung mittels Ordnungsrecht, Förderpolitik, Zertifizierung, Bildung und Beratung sichergestellt“. Der LNV ist ganz und gar anderer Meinung und wird weiter für eine ordnungsrechtliche Verankerung der guten fachlichen Praxis und eine zielgerichtete Förderpolitik kämpfen.



# Geld für Besonderes

Ein Vermächtnis, das dem Landesnaturschutzverband 1986 übergeben wurde, ist Basis der LNV-Stiftung Natur- und Umweltschutz. Seither werden Maßnahmen zur Erhaltung der natürlichen Umwelt und Lebensgrundlagen gefördert. Mehr als 200 Projekte sind auf diese Weise Realität geworden.



Der weite Bogen, der sich über die Arbeit des LNV spannt, spiegelt sich auch in den Förderentscheidungen wieder: Die ORNischule in Zaberfeld sensibilisiert für die Vogelwelt, selbst Anfänger und Anfängerinnen finden so einen leichten Zugang zur Natur. In Güglingen sind neue Laichbiotope nicht nur für Laubfrösche angelegt worden. Internationale Jugendeinsätze zur Landschaftserhaltung und -pflege wurden ebenso gefördert wie Projekte, die das Verständnis für und die Hinwendung zum Natur- und Umweltschutz anstoßen, wie die Naturpädagogik in Kindergärten oder das Engagement zum Erhalt von Landschaft. Herausragend war die Unterstützung des Medienpaketes „Ende im Gelände“. 2005 mit dem Medienpreis der Deutschen Geographie ausgezeichnet, rücken Film und Begleitbuch die Auswirkungen des Landschaftsverbrauchs ins Bewusstsein.

Grundsätzlich sieht die Stiftung ihren Schwerpunkt darin, die wichtige Arbeit ehrenamtlicher Naturschützerinnen und Naturschützer zu fördern, manchmal sogar erst möglich zu machen. Aussagekräftige Anträge mit einer Zeit- und Kostenskizze können an die LNV-Stiftung Natur und Umweltschutz gerichtet werden. Über die Verteilung der Zuschüsse aus den Kapitalerträgen des Vermögens entscheidet der fünfköpfige Stiftungsrat, den der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret führt.

Die Verantwortlichen freuen sich – naturgemäß – aber nicht nur über einfallreiche Projektideen, sondern auch über finanzielle Zuwendungen Dritter. Wer spenden und/oder stiften will, ist herzlich eingeladen.

**Spendenkonto**  
LNV-Stiftung Natur und Umweltschutz  
BW-Bank Stuttgart  
BLZ 600 501 01  
Konto 1 221 077

[www.lnv-bw.de](http://www.lnv-bw.de)



# 40 Jahre im Zeitraffer

Der LNV und die Welt

**1971**

Gründung der Aktionsgemeinschaft Natur- und Umweltschutz BW e. V., dem späteren Landesnaturschutzverband; Vorsitzender Georg Fahrbach  
Umweltprogramm der sozialliberalen Bundesregierung und Einrichtung eines Sachverständigenrats; Energiekrise

**1972**

Bericht des Club of Rome: Die Grenzen des Wachstums

**1975**

Neues Naturschutzgesetz in Baden-Württemberg; Besetzung des Bauplatzes fürs geplante Atomkraftwerk in Wyhl

**1976**

Anerkennung als Dachverband nach dem LNatSchG; Prof. Willi Karl Birn wird Vorsitzender

**1978**

Anerkennung als Naturschutzverband nach § 29 BNatSchG

**1979**

Beginn der Gründung von LNV-Arbeitskreisen zur Wahrnehmung der Anhörungsrechte nach dem Bundesnaturschutzgesetz  
EWG erlässt die Europäische Vogelschutzrichtlinie

**1980**

Der Begriff Waldsterben taucht erstmals auf

**1982**

„Wie krank ist unser Wald“ – Veröffentlichung des LNV

**1983**

Prof. Günther Reichelt wird Vorsitzender

**1983**

Großfeuerungsanlagenverordnung

**1984**

Verordnung zum Einbau von Katalysatoren in Fahrzeuge

**1986**

LNV-Stiftung zur Förderung des Natur- und Umweltschutzes wird gegründet

24.04. Atomkraftwerk Tschernobyl explodiert, radioaktive Wolke über Baden-Württemberg

**1987**

Bundestag setzt Enquetekommission „Schutz der Erdatmosphäre“ ein

**1990**

Weltklimakonferenz in Genf

**1991**

Dr. Michael Hassler wird LNV-Vorsitzender

**1992**

„Wach sein für morgen – 40 Jahre Bürger für Natur- und Umweltschutz in Baden-Württemberg“, Rückblick und Bilanz von Prof. Dr. Günther Reichelt  
Rio-Konferenz (Klimaschutz-, Artenschutz-Konvention usw.); EU beschließt Flora-Fauna-Habitat-RL (FFH) Biotopschutzgesetz in Baden-Württemberg (Schutz der § 24a Biotope)

**1994**

FCKW-Verbot

**1996**

Feier zum 25 Jahre Jubiläum des LNV, LNV Ausstellung „Naturschutzverbände in Baden-Württemberg“  
12,1 Prozent für die Grünen bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg

**1999**

Erstes Zukunftsforum Naturschutz von LNV und Ev. Akademie Bad Boll: „Mut zur Wildnis“

**2000**

LNV-Zukunftsforum „Natura 2000 – die FFH-Richtlinie und ihre Folgen,“ Reiner Ehret wird Vorsitzender

**2001**

LNV-Zukunftsforum „Landschaftsverbrauch – Wider die Betonierung von Natur und Zukunft“;  
4. Auflage „Taschenbuch Naturschutz“

Der Europäische Rat vereinbart in Göteborg eine Nachhaltigkeitsstrategie, Amerika weigert sich, das Klimaschutzabkommen zu unterzeichnen

**2002**

LNV-Resolution gegen den Flächenverbrauch; LNV tritt Informationsdienst Umweltrecht (IDUR) bei und forciert rechtliche Fortbildung der Ehrenamtlichen

Beschluss der rot-grünen Bundesregierung zum Ausstieg aus der Atomenergie

**2003**

LNV-Stiftung vergibt Journalistenpreis zum Flächenverbrauch; Verabschiedung der LNV-Positionen zum Natur- und Umweltschutz

**2004**

LNV veröffentlicht Medienpaket „Ende im Gelände“, um den Flächenverbrauch ins Bewußtsein zu rücken, LNV-Zukunftsforum „Natur als Kulisse – Tourismus contra Naturschutz?“

**2005**

Beitritt zum Aktionsbündnis „Flächen gewinnen“; LNV richtet mit Förderung durch Umweltstiftung Stuttgarter Hofbräu Naturschutzmaschinenringe ein; „Friedensschluss“ DAV / Naturschutzverbände im Donautal; LNV-Zukunftsforum „Zerschnitten, zerstückelt – oder vernetzt?“

**2006**

LNV-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl; LNV-Zukunftsforum „Waldwechsel – vom Märchenwald zum Holzacker?“

Ministerpräsident Günther Oettinger sondiert nach den Landtagswahlen ohne Erfolg die Chancen für Schwarz-grün

**2007**

Beitritt zur Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg; 5. Auflage „Taschenbuch des Naturschutzes in Baden-Württemberg“, Auflage 10.000; LNV-Zukunftsforum „NaturLernen – Wege einer erfolgreichen Natur- und Umweltbildung“

Al Gore bekommt den Friedensnobelpreis; EU-Kommission beschließt Grenzwert für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos

**2008**

LNV-Zukunftsforum „Gefangen im Straßennetz – die Mobilitätsillusion und ihre Folgen für Mensch und Natur“

Baden-Württemberg ist Vorreiter beim Erneuerbare-Wärme-Gesetz

**2009**

Beitritt DAV in den LNV, Medienpaket „Kurze Wege“; Verabschiedung Positionspapier „Der Weg zum Naturnahen Wald“; LNV-Zukunftsforum „Kein schöner Land in dieser Zeit? – die Zukunft des ländlichen Raums“

Die neue Bundesregierung aus CDU und FDP schreibt im Koalitionsvertrag den Abschied vom Atomausstieg in der vereinbarten Form fest; die Klimakonferenz in Kopenhagen scheitert

**2010**

LNV-Vorstand legt Mitgliederversammlung die Resolution „Der Weg zu einer umweltgerechten Landwirtschaft – die agrarpolitischen Forderungen des LNV“ zur Abstimmung vor  
Baden-Württemberg integriert die Verkehrsabteilung ins Umweltministerium